

# **Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt**

## **Geschichte und Prognosen**

Herausgegeben von  
Martin Robbe und Dieter Senghaas

Akademie-Verlag Berlin

ISBN 3-05-001139-4

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, Leipziger Straße 3–4, Berlin, DDR-1086  
© Akademie-Verlag Berlin 1990  
Lizenznummer: 202 · 100  
Printed in Germany  
LSV: 0235  
Bestellnummer: 755 290 2 (9353)

|                    |  |     |
|--------------------|--|-----|
| Inhalt             |  |     |
| Vorbemerkung       |  | 7   |
| Einstieg           |  | 11  |
| Fritz Klein        | 1914 und 1934: Zwangsläufig oder abwendbar? Über Möglichkeiten und Grenzen friedlicher Konfliktregelung vor den beiden Weltkriegen           | 13  |
|                    | Kooperation oder konfrontative Nachkriegsordnung   | 31  |
| Wilfried Loth      | Kooperative Nachkriegsordnung oder Kalter Krieg  | 33  |
| Rolf Badstübner    | Die Deutschlandfrage im Spannungsfeld zwischen internationaler Kooperation und Konfrontation (1943–1949)                                     | 51  |
| Jochen Laufer      | Das Problem der deutschen Reparationen in den Beziehungen der vier Besatzungsmächte 1945/46  | 59  |
| Gerhard Keiderling | Die Berlinkrisen 1948 und 1961– Konfliktlösungen im Kalten Krieg   | 73  |
| Karl Drechsler     | Die Kuba-Krise 1962  | 91  |
| Michael Lemke      | Bundesrepublik und europäische Vertragspolitik in den Jahren 1969–1975   | 107 |
|                    | Kalter Krieg – Kooperation. Grundlinien der Diskussion, wesentliche Inhalte und Probleme   | 121 |
|                    | Konflikte in Asien und Afrika  | 129 |
| Immanuel Geiss     | Langfristige historische Voraussetzungen zeitgenössischer Konflikte in postkolonialen Nachfolgestaaten nach 1945, besonders in Schwarzafrika | 131 |
| Joachim Heidrich   | Die asiatisch-pazifische Region: Konflikt-Rivalität-Kooperation  | 149 |

|                     |  |     |
|---------------------|--|-----|
| Dietrich Reetz      | Das Konfliktpotential ethnisch-nationaler Prozesse in Asien und die Perspektiven einer asiatischen Friedensordnung     | 165 |
| Udo Steinbach       | Zwischen Politik und Chaos – Konfliktkonstellationen im Nahen Osten in den 80er Jahren                                 | 181 |
| Karin Kulow         | Lösungsmöglichkeiten des Nahostkonflikts   | 207 |
| Wolfgang Schwanzitz | Nahost: Regelungsansätze im Lichte der Intifāda  | 225 |
| Gerhard Höpp        | Religion im Konflikt. Gibt es eine islamische Lösung für Palästina?  | 249 |
| Winrich Kühne       | Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Überlegungen zu einem „Neuen Realismus“ in Afrika                        | 267 |
| Christian Mährdel   | Der Eritrea-Konflikt am Horn von Afrika: Ursprung und Ausbruch   | 299 |
| Klaus Brade         | Südafrikas Expansionismus von Mitte der 40er bis Anfang der 60er Jahre. Zur Entstehungsgeschichte eines Konfliktherdes | 323 |
| Alfred Babing       | Wege zur Konfliktlösung im südlichen Afrika durch systemübergreifende Zusammenarbeit                                   | 331 |
|                     | Regionale Konflikte in Asien und Afrika: Diskussion  | 337 |
|                     | Ein Europa demokratischer Rechtsstaaten: Modell für die Welt?  | 345 |
| Dieter Senghaas     | Perspektiven der Friedensgestaltung im Europa der 90er Jahre   | 347 |
| Dietrich Reetz      | Ist die Geschichte zu Ende?  | 367 |
| Egbert Jahn         | Tendenzen einer Zivilisierung des Ost-West-Konflikts in Europa   | 377 |
| Hartwig Busse       | Zur Perspektive internationaler Sicherheit   | 393 |
| Wolfgang Scheler    | Zum Verhältnis von äußerem und innerem Frieden   | 403 |

|                       |   |     |
|-----------------------|---|-----|
| Bernd Peter Löwe      | Deutsche(r) – quo vadis?                                    | 407 |
| Martin Robbe          | Jahrhundertwende in Sicht: Versuch einer Standortbestimmung | 427 |
| Lothar Brock          | Regionaler Wandel und Weltfriedensordnung                   | 441 |
| Zukunftsansichten.    | Zur Diskussion  | 455 |
| Teilnehmerverzeichnis |   | 463 |

hen um eine faire Verteilungsgerechtigkeit in allen Gesellschaften Europas und zwischen ihnen verwurzelt sein.

Dieses Europa bedarf neuer Kreativität und Experimentierfreude, um eine solche konstruktive Perspektive zu verwirklichen, aber auch um bedeutende gesellschaftspolitische Aufgabenstellungen zu bewältigen. Zu denken ist dabei an die Rüstungskonversion, die Ökologieproblematik, das ungelöste Problem der Sozialverträglichkeit technischen Fortschritts und die Humanisierung des Arbeitslebens.

Friedenspolitik, so wurde eingangs betont, hat in der neuen Konstellation Europas zu tun mit der Sicherung des Überlebens und gewaltloser Konfliktregelung, mit dem Schutz von Menschenrechten und von Grundfreiheiten, mit Verteilungsgerechtigkeit und der Möglichkeit von einzelnen und Kollektiven, ihre Identität zu verwirklichen. Diese Aufgabenstellungen sind, das ist nicht anders zu erwarten, kontroverser Natur. Deshalb sind in solcher Lage, weit mehr als in der sterilen Konstellation einer Blockkonfrontation und gegenseitiger Abschreckung, besondere Fähigkeiten zur konstruktiven Bearbeitung von Konflikten gefragt. Das ist ein Aspekt von Friedenspolitik, der oft unterbelichtet bleibt: *die praktische Kunst, Frieden zu stiften*. Sie setzt Dialogfähigkeit und Verständigungsbereitschaft voraus, auch den Willen, einen tragfähigen Ausgleich zu finden, also Kompromißfähigkeit und Gerechtigkeitsempfinden. Sie beinhaltet aber auch strategische Fähigkeiten, beispielsweise zum richtigen Augenblick eine angemessene Politik zu verfolgen, d.h. den günstigen Augenblick (*kairos*) zu erkennen und entsprechend zu handeln.

In der günstigen Ausgangslage zu Beginn der 90er Jahre sind konzeptionelle Visionen erforderlich, die unmittelbar in politische Praxis übersetzt werden können. Darum ging es in den dargelegten Überlegungen, die nicht als Weisheit letzter Schluß begriffen werden sollten, sondern als eine Aufforderung, ein alternatives Gesamtkonzept, sofern für nötig gehalten, zu formulieren und in die öffentliche Debatte einzubringen. Es gibt hinsichtlich der Ermöglichung und der Modalitäten einer künftigen europäischen Friedensordnung und Sicherheitsstruktur keine Wahrheiten, auf die man sich eindeutig berufen könnte, sondern nur plausibel begründbare Argumente, die sich in einem öffentlichen Diskurs bewähren müssen.

## Ist die Geschichte zu Ende?

Die These, in der Überschrift als Frage formuliert, scheint in der gegenwärtigen Debatte über den Ost-West-Konflikt bei vielen westlichen Politikern und auch Wissenschaftlern wieder aufzuleben. Dabei klingt an, der Kapitalismus habe den realen Sozialismus in großer Schlacht besiegt und seine historische Mission erfüllt. Nicht nur für Europa, sondern auch für die Dritte Welt sei die sozialistische Alternative ad acta gelegt. Von besonderem Interesse ist hier das Rechtsstaats- und Europa-modell von Dieter Senghaas.<sup>1</sup> Er betrachtet den demokratischen Rechtsstaat mit sozial abgefederter, aber konsequenter Marktwirtschaft als Modellfall für Europa und letztlich für die ganze Welt. Denn dieser Gesellschaftstyp, so seine Argumentation, sei besonders konfliktverbeugend. In 80 bis 90 Prozent „substitutiver Arbeitsteilung“, bei der man gegenseitig auf jedem Gebiet ersetzungsfähig produzieren kann, bestünde eine Prosperitätsgarantie und Konfliktsperre, da niemand ernsthaft den erreichten Wohlstand gefährden wolle. Entsprechend pegelten sich diese Länder quasi von selbst auf ein liberales Außenverhalten ein. Die so erreichte friedliche Regelung gewaltträchtiger Machtrealitäten innerhalb und zwischen den westlichen Gesellschaften sei der „Inhalt des Prozesses der Zivilisation“. Anders in den Staaten des „realen Sozialismus“. Der Ost-West-Konflikt sei faktisch zu Ende. Mit der Beseitigung der kommunistischen Einparteien-Diktaturen durch pluralistische politische Systeme sei der „ordnungspolitische“ Gegensatz aufgehoben, der mit der Stalinisierung Osteuropas begonnen habe. Nun gehe es „um die Neubegründung politischer Ordnung“ im Innern und um die Entwicklung funktionaler Arbeitsteilung zwischen ihnen – als Aufgabe von Jahrzehnten. Die Lage in der Dritten Welt verglich Senghaas mit

<sup>1</sup> Der Beitrag stellt eine Erwiderung auf die von Dieter Senghaas beim Dresdner Kolloquium eingereichten Papiere „Über die Zukunft internationaler Politik“ und „Frieden in einem Europa demokratischer Rechtsstaaten“ dar.

den frühen europäischen „Ausscheidungskämpfen“, die Jahrhunderte dauerten, ehe sie zu einer hinreichenden inneren und äußeren Verknüpfung der Staatengebilde führten. So befindet sich die Dritte Welt in jeder Hinsicht in einem sehr frühen Stadium der Verzivilisierung politischer Konflikte.

Nicht die Prinzipien des liberalen Rechtsstaates und der sozialen Marktwirtschaft sind das Problem. Diskussionswürdig ist jedoch, daß Senghaas diese Prinzipien in „alle(n) westlichen Gesellschaften (OECD)“ idealtypisch verkörpert sieht, bei denen „Ausnahmen“ nur die Regel bestätigen. Er sieht schon das institutionelle Westeuropa sich auf den Osten erweitern. Auf Jugoslawien und Algerien verweisend, nennt er alle „dritten Wege“ eine Sackgasse. Für Osteuropa gebe es „keine Alternative zur Kombination von demokratischem Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft“. Und in seinem Buch „Europa 2000. Ein Friedensplan“ billigt Senghaas dem Sozialismus nur noch eine residual-rhetorische Rolle zu, die an die Fehler des Kapitalismus erinnert. An den bisherigen ordnungspolitischen Prinzipien Osteuropas sieht er kaum Bewahrenswertes, weder in Politik noch in Ökonomie. „Damit ist eine mehr als 100 Jahre alte Kontroverse über das liberale bzw. das sozialistische Projekt in Europa praktisch entschieden.“<sup>2</sup> Obwohl Senghaas – an den verbleibenden gesellschaftspolitischen Spielraum im Rahmen des liberalen Projektes erinnernd – den ahistorischen Endzeitgedanken entschieden zurückweist, bietet seine Modelltheorie dafür hervorragende Ansatzpunkte; legt sie doch nahe, alles sei klar, Geschichte würde sich nun in der allmählichen Bewegung der restlichen Welt zu diesem Modell hin erschöpfen.

Nachdem osteuropäische Sozialwissenschaftler jahrzehntelang aus Richtung Westen für ihre unilineare Geschichtsauffassung heftig und auch berechtigt kritisiert wurden, sind sie nun in die Lage geraten, die multilineare Realität verteidigen zu müssen. Dabei geht es nicht darum, unter dem Vorwand der Kritik an der Marktwirtschaft den gescheiterten Realsozialismus wiederzubeleben. Das wäre sicher Leichenfledderei. Doch beantwortet die Beerdigung des Verstorbenen noch lange nicht die Frage nach Gesundheit und Wohlfahrt der Überlebenden. Dabei geht es eben nicht nur um die Tragfähigkeit von Rechts- und Ordnungsprinzipien. Der Tagesablauf des Patienten, um im Bilde zu bleiben, sagt noch nichts über seine körperliche Verfassung aus. Daher verdient auch die Befindlichkeit der Gesellschaft einen aufmerksamen Blick.

<sup>2</sup> Senghaas, Dieter, Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt/M. 1990, S. 76.

Die folgenden Überlegungen unter fünf Stichworten sollen Gedanken zur Gesellschaftsdebatte aus DDR-Sicht zusammenfassen, ohne sich auf eine Auseinandersetzung mit Senghaas zu beschränken.

Erstens, verhindert Wohlstand Konflikte?

Wenn man davon ausgeht, daß der hohe wirtschaftliche Vernetzungsgrad Westeuropas sich vor allem seit etwa zwei Jahrzehnten deutlicher manifestiert, so bezeugt er in dieser Zeit nicht unbedingt die Abwesenheit von Konflikt. Wird Konflikt als gewaltsame Austragung von Gegensätzen verstanden und nicht nur auf Zwischenstaatliches beschränkt, so kam es bei den Staaten Westeuropas und anderen OECD-Ländern wie den USA und Japan eher zu einer Konfliktverdrängung, zu einer „Externalisierung“ und „Internalisierung“ von Konfliktverhalten. Im Sinne der Auslagerung etwa könnte man das Eingreifen der Briten auf den Malwinen gegen Argentinien oder die wiederholten französischen Interventionen in Afrika und Nahost verstehen. Auch das Engagement der USA gegen Libanon oder in der Karibik bzw. in Mittelamerika sind hier zu erwähnen. Grenada und Panama sind schon geronnenes Sein – Geschichte, Nicaragua noch Gegenwart und Kuba vielleicht schon Werden – Zukunft. Verinnerlicht wurde Konflikt in Form gewalttätiger ethnisch-rassistischer oder ethnisch-religiöser Gewalt in Nordirland, gegen britische Farbige, gegen Nordafrikaner in Frankreich oder Türken in der BRD. Eine mögliche Einwanderungswelle aus der Sowjetunion oder die neuen ‘boat people’ aus dem Mittelmeerraum können eine weitere Dimension eröffnen. Liegt es da nicht nahe anzunehmen, daß sich Gewalt gegen jene richtet, die am westeuropäischen Wohlstand und an Macht ungebeten teilhaben oder kratzen wollen? So erscheint substitutive Arbeitsteilung wohl nicht als der allgemeine Ausweg aus der Gewalt, sondern eher als deren Verlagerung. Auch ist kaum anzunehmen, daß sich die Welt so bald dem Idealzustand allgemeiner substitutiver Arbeitsteilung nähern wird. Eine obligatorische Beilegung interner Konflikte im Zuge einer Neugestaltung Europas völkerrechtlich verbindlich vorgeben zu wollen, wie Senghaas vorschlägt, kann man sich wünschen – etwa in Gestalt eines mehrheitlichen Interventionsrechts der Europäer, wie von den Franzosen erwogen. Angesichts des Sozial- und Wirtschaftsdefizits scheint diese Frage jedoch für das neue Europa keine kompromißfähige Priorität zu sein.

Zweitens, ist der Ost-West-Konflikt zu Ende?

Diese Frage gültig und schlüssig zu beantworten, erscheint kaum möglich, ohne zu untersuchen, ob der Ost-West-Gegensatz, besonders in Europa, in Gänze beseitigt wurde oder nur in – sicherlich wesentli-

chen – Teilen. Entscheidend wurde er durch die geteilte Nachkriegsordnung Europas getragen. Aber geographisch fielen in Europa ordnungspolitische Gegensätze mit historisch unterschiedlich tradierten geopolitischen Interessen der UdSSR und der USA zusammen. Für die USA bleibt die UdSSR, wenn sie nicht zerfällt, sondern sich wirtschaftlich-gesellschaftlich erneuern kann, eine übergroße Landmacht mit noch immer beträchtlicher strategischer nuklearer und konventioneller Schlagkraft, die es in Europa zu binden gilt. Das träfe selbst auf die Russische Föderation zu, falls sie als unabhängiger Kernstaat übrigbleibt. Und für die UdSSR verwandelt sich der ideologisch-politische Sonderraum Osteuropa zurück in eine geopolitische Sicherheitszone, die ihren besonderen Rang nach der Erfahrung des letzten großen Krieges nicht so schnell verliert. Dabei nimmt zusehends auch bei nicht-kommunistischen Kräften Osteuropas das in Aussicht genommene geeinte Deutschland den neuen Bedrohungsplatz ein. Das bestätigten jüngste Äußerungen aus Warschau, wo Masowiecki von Gorbatschow eine Garantierneuerung der polnischen Westgrenze erwartet, wie aus Budapest, wo vor einer deutschen Wirtschaftsübermacht Bedenken gehandelt werden. Wird die Warschauer Vertragsorganisation zu einem Schutzbund gegen ein Großdeutschland? Die beiden deutschen Staaten haben seit der Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 ein Freizügigkeitsregime ohnegleichen etabliert, durch das beide, aber auf Grund ihrer wirtschaftlichen Unterlegenheit in stärkerem Maße die DDR, Teile ihrer Souveränität aufgegeben haben. So lebt der alliierte Besatzungsstatus wieder auf. Einen praktikablen Ausweg aus dem Sicherheitsdilemma in der deutsch-deutschen Übergangszeit bietet nur die schnelle politische Transformation der militärischen Komponente der beiden Blöcke in Europa. Während dieses Übergangs könnte die deutsche Konföderation das Begegnungsfeld beider Blöcke bilden, ohne daß sie auf einem Staatsgebiet koexistieren müßten oder einer den anderen von deutschem Boden verdrängen würde. Für die jetzige sowjetische Führung geht von der NATO keine akute Bedrohung aus. Ihr strategisches Potential reicht aus, um jeden möglichen Angriff abzuwehren. Sie kann an Osteuropa nichts verteidigen, was sie nicht schon verloren hat. So bleibt vom Warschauer Vertrag für sie nur eine Übergangsstufe zu einem europäischen Sicherheitssystem übrig.

Die ideologische Dimension des Ost-West-Konfliktes fiel auch mit dem historischen Entwicklungsgefälle zwischen primärem und sekundärem Industriekapitalismus zusammen – vielleicht mit Ausnahme von Sachsen und Böhmen-Mähren. Der Kalte Krieg war immer auch beglei-

tet von westlicher Embargopolitik und östlicher Zwangsakkumulation, die dieses Gefälle verstärkten. Wenn es zutrifft, wie auch Senghaas postuliert, daß das Kapital des Westens in seiner Mehrheit nicht in die auf längere Zeit als Niedriglohnländer gebrandmarkten Oststaaten fließen wollen wird, verwandelt sich dann nicht – zumindest östlich von Oder und Neiße – der beabsichtigte soziale Rechtsstaat mangels aufnahmebereiten Bodens in einen Industriekapitalismus à la Manchester, dessen dramatisches Sozialgefälle neuen europäischen Sprengstoff schafft? Welche Attraktion stellt die von Senghaas vorgeschlagene Institutionalisierung der KSZE – eine Art Europaregierung – für pauperisierte und radikalisierte Völker dar?

Drittens, was ist bewahrenswert an der DDR und an Osteuropa für die Einheit Deutschlands und des Kontinents?

Schaut man besonders bei dieser Frage nicht nur nach ordnungspolitischen Systemgrundsätzen, sondern auch nach Gesellschaften, so ist unübersehbar, daß sich auch im Realsozialismus eigenständige politische Kulturen mit differenzierten Mechanismen etablierten. Davon ist die DDR – trotz aller hypertrophierten Identitätsgedanken – nicht völlig ausgenommen. Die autochthonen Gesellschaftszüge der osteuropäischen Staaten verschwanden nicht mit dem Untergang des neostalinistischen Systems, sie fanden im Gegenteil verstärkte Ausdrucksmöglichkeiten im erstarkenden Nationalismus. Zum Eigenen Osteuropas zählen auch der gesamte materielle Besitzstand, der sich nicht auf veraltete Industrien reduzieren läßt, sondern fruchtbares Land ebenso beinhaltet wie physisches und intellektuelles Arbeitsvermögen ganz spezifischer nationaler Ausprägung. Aber sozial ist es vor allem die gemeinschaftliche Erfahrung von 45 Jahren Gesellschaftsentwicklung. Sie manifestierte sich besonders auf mikrosozialer Ebene in Strukturen der Solidarität und des Zusammenwirkens, sei es auch aus der Lage einer Notgemeinschaft heraus. Dabei nicht zu vergessen: die Gegenkultur, deren Ziel nicht immer der westeuropäische Modellfall war; Stichworte dazu sind die Massenbewegungen Neues Forum in der DDR oder Bürgerforum in der ČSSR. Und es sind – ins Ordnungspolitische reichend – gleichwohl Aspekte – ich betone bewußt das Teil hier im Gegensatz zum Ganzen – der sozialen Absicherung von Arbeit, Bildung und Kultur, einschließlich Kinder, Frauen, Jugend, für die es zwar keine optimalen, aber sozial oft sehr weitgreifende Formen gab. Nicht zu vergessen die direkte Demokratie der Bürgerbewegungen, -komitees und Runden Tische, die die Vertreterdemokratie der westeuropäischen Verfassungen wirkungsvoll ergänzen könnte. Künftige europäische An-

sätze können nicht zu den dirigistischen Erfahrungen Osteuropas zurückkehren – etwa indem sie die Arbeitslosigkeit schlechthin, darunter auch die dringenden und innovativen Strukturveränderungen, ausschließen wollen. Aber keiner kann beweisen, daß Dauerarbeitslosigkeit zwangsläufig zum Markt, der ohnehin nirgendwo mehr einer der freien, sondern der gemaßregelten Konkurrenz ist, gehört. Sie ist eher ein soziales Übel und zerfrißt den Gesellschaftskörper. Keiner kann beweisen, daß Kulturnationen heute auf staatlich großzügig und breitgreifend subventionierte Wissenschaft, Kultur und Bildung verzichten dürfen. Entscheidend bleiben wohl eher Ergebnisse und Wirksamkeit. Doch heißt es, stimmten die DDR-Bürger noch immer mit den Füßen gen Westen ab, wie wolle man da Bewahrenswertes erhalten? Der dringend notwendige deutsch-deutsche Sozialvertrag oder Sozialverbund, der alle materiellen Anreize einer Übersiedlung beseitigt, ist kein Geschenk an die DDR, sondern liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Bundesrepublik, ihres Sozialsystems, ihrer Wirtschafts- und Währungsstabilität.

Plädiert man für eine eigene gesellschaftliche Identität Osteuropas jenseits des Ost-West-Konfliktes, kann der gesellschaftsumgestaltende Charakter westlichen Kapitals und westlicher Politik im östlichen Kontinent nicht übersehen werden. Von dort her scheinen die Warnungen vor einer Kolonisierung Osteuropas, die Senghaas angesichts der bewiesenen Bevorzugung kaufkräftiger Hochlohnländer als unbegründet zurückweist, doch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Denn wirken die Kapital- und Warenströme nach Osten aus westlicher Sicht auch unerheblich, kann doch ein Milliardenkredit in Polen oder Ungarn allemal Wetter machen. Auch finanzielle Wahlhilfe bleibt nicht zu unterschätzen bei den vieler Orten durchzuführenden freien Wahlen. US-Außenminister Baker brachte es in Prag auf den Punkt, als er Kredite an Osteuropa von einer vorwiegend privatwirtschaftlich organisierten Mehrparteiengesellschaft abhängig machte. Muß im Osten vieles gelernt werden, gilt es auch im Westen einiges zu begreifen: die Einebnung Osteuropas, seine soziale und ökonomische Kapitulation ist für den Westen konterproduktiv. Sie kann für das einige Europa Spannungen und Gewalt, Extremismus und Radikalismus produzieren, die sich der Beherrschung entziehen würden. Gesellschaftliche und politische Selbstbestimmung ist nicht mehr eine Wahl zwischen Dirigismus und Marktwirtschaft, sondern die Frage nach der sozialen und politischen Ausgestaltung der letzteren. In diesem Sinne gibt es nicht nur einen dritten, sondern auch einen vierten und fünften Weg. Nur eine koopera-

tive Verständigung, Annäherung und Einigung Europas mit der gegenseitigen Achtung vor der materiellen und ideellen Identität wird den ersehnten Aufschwung zu Frieden und Prosperität bringen.

Viertens, ist die Sozialismus-Debatte zu Ende?

Es kann keinen Zweifel geben, daß mit dem verdienten Niedergang des realen Scheinsozialismus auch die Sozialismus-Idee für lange Zeit – besonders in Osteuropa – diskreditiert ist. Eine Welle konservativer Massenpolitik schwappt über die Lande. Doch bleiben bei der skizzierten ökonomischen Entwicklung Enttäuschungen über die Marktwirtschaft nicht aus. In spätestens 10 Jahren werden die Schwächen des Kapitalismus in Osteuropa eine erneute Aufarbeitung erfordern – so wie die Auseinandersetzung mit den Nachteilen dieses Systems auch in Westeuropa nie aufhörte. Keiner kann ernsthaft annehmen, daß die Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus versandet – und mag sie vielen noch so aussichtslos erscheinen.

Direktivplan, monopolisiertes Staatseigentum und Außenhandelsmonopol, mit denen Senghaas Sozialismus gleichsetzt, haben sich historisch in den 20er Jahren herausgebildet; bei Marx waren sie so nicht vorgesehen. Sein Gedanke der Assoziation freier Produzenten wird auch in der Marktwirtschaft die Suche nach ökonomisch fundierten Gesellschaftsalternativen eines demokratischen Sozialismus befruchten, der den ohnehin regulierten Markt noch wirkungsvoller lenkt. Dabei bleibt im Blick die ganze Breite von Eigentumsformen: von Genossenschaften über Pachtverhältnisse bis zu Staatskonzernen und Privateigentum. Orientierungsplanung ist für den Hochkapitalismus unverzichtbar geworden. Japan plante seinen technologischen Eroberungszug weitgehend über sein mächtiges Handelsministerium. Kein Großkonzern kommt ohne Produkt- und Umsatzstrategie aus. Das Außenhandelsmonopol war nicht nur systembedingt. Protektionismus an der Schwelle von Entwicklungsbrüchen bleibt. Davon weiß die EG gegenüber den USA und Japan ein Lied zu singen. Kann man glauben, daß schwächere Wirtschaftsregionen wie Osteuropa oder die Dritte Welt jetzt ihre Tür so weit öffnen, daß sie selbst vom Zugwind weggeweht werden?

Es liegt in der Natur des Menschen, eine Gesellschaft der Gleichen zu erstreben. Die Suche nach der Alternative produziert der Kapitalismus selbst. Darin liegt letztlich auch ein Großteil seiner Innovationskraft. Dabei ist keineswegs auszuschließen, daß sich Alternativen auch innerhalb des Systems durch dessen Veränderung etablieren. Die politische Unabhängigkeit der verschiedenen Staaten ist jedoch Garant der Vielfalt und der unterschiedlichen Rahmenbedingungen.

So wird wohl noch vor Ende des Jahrtausends eine handfeste Sozialismus-Debatte wiederkommen.

Fünftens und letztens, geht die Dritte Welt zum marktwirtschaftlichen Rechtsstaat?

Werden die kooperativen Strukturen für das neue Europa – ohne missionarisches Angleichungsstreben – nicht zielgerichtet auf die Dritte Welt erweitert, tut sich die politische und auch die wirtschaftliche Kluft zu den Industrieländern weiter auf als je zuvor. Dabei kann weder postuliert noch erwartet werden, daß sie sich unisono dem westeuropäischen sozial-marktwirtschaftlichen Rechtsstaatsmodell annähert, wenn es den kulturellen und politischen, aber auch wirtschaftlichen Erfahrungen einzelner oder auch mehrerer ihrer Akteure nicht entspricht. Die Frage, was Osteuropa oder auch die DDR einzubringen haben, erstreckt sich so auch auf die Dritte Welt: Können, ja dürfen Gesellschaften anders organisiert werden denn als westeuropäischer liberaler Rechtsstaat? Autochthone Volkskulturen bringen bekanntlich stabile Gemeinschaftsstrukturen ein. Deren Verlust oder Auflösung in einer kooperativen und multikulturellen Welt wäre weder wünschenswert noch möglich – letzteres auch auf Grund der traditionellen Segmentierung, die unverändert besteht und den sozialen Rahmen des Wirtschaftswachstums bildet. Über die innere Verfassung der Entwicklungsländer wird nicht die Krise des Sozialismus entscheiden. Autoritäre und paternalistische Regimes, ein starker Staat in der Wirtschaft hatten neben ideologischen weit häufiger pragmatische Gründe, abgeleitet auch aus der Tradition orientalischer Despotie und akuter Unterentwicklung. So wird man jetzt den ökonomischen Staat nicht dem gescheiterten Realsozialismus hinterherwerfen, sondern ihn auf Zweckmäßigkeit und Effizienz prüfen.

Auch innere Konfliktverhinderung scheint fraglich in der Dritten Welt, legt man allein liberale Rechtsprinzipien zugrunde. Wenn deren Anhänger argumentieren, daß Westeuropa trotz sozialer Verteilungsgegensätze weniger Konflikte kennt als China, weil das liberale Projekt ihre friedliche Austragung ermögliche, so übersieht man geflissentlich die berühmte Schüssel Reis, die es braucht, um an den Herrlichkeiten demokratischer Politik partizipieren zu können. Eine schnelle Ausbreitung der liberalen Marktwirtschaft könnte weitere soziale Randzonen unermesslichen Ausmaßes schaffen, würde das Spannungsfeld zwischen Ethnien und Religionen weiter aufladen – bis zur Dimension eines neuen globalen Problems.

Das Imperialismus-Problem war nicht nur ein Ost-West-Spektakel.

Schon erklingt aus Indien und anderswo die besorgte Frage, ob sich nach dem Wandel in Osteuropa nicht die Dritte Welt der Pflege des Sozialismus annehmen müsse, um imperialistischem Anspruch nicht schutzlos gegenüberzustehen. Für sie ist es keineswegs ausgemacht, daß die Ausbeutung der Dritten Welt ein rein ideologisches Problem ist.

So sollte das Streben, die Konflikte zu zivilisieren, nicht dazu führen, die Dritte Welt zivilisieren zu wollen. Hinsichtlich der künftigen Regierungs- und Gesellschaftsformen von Entwicklungsstaaten obsiegt wohl eher der pragmatische Kompromiß, der, und darin liegt eine Chance, durch seinen multipolaren und multikulturellen Ansatz neue Innovations- und Wachstumskräfte freisetzt. Das von Europa erstrebte demokratische Rechtsverständnis und das Wachstum werden in den Entwicklungsländern nur mit Toleranz und Respekt greifen.

In einem einigen Deutschland und vereinten Europa wird sich nur gut leben lassen, wenn man diese Eine Welt nicht aus den Augen verliert. Der Weg dahin muß über eine neue, bessere politische und materielle Kultur des 21. Jahrhunderts führen.